Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5858

18. 10. 96

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Halo Saibold und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
— Drucksache 13/5666 —

Die vertraulichen, internen Kontrollberichte des tschechischen Energieversorgungsunternehmens CEZ zum Atomkraftwerk Temelin

Im Mai 1996 wurden in unserem Nachbarland, der Republik Österreich, die vertraulichen Kontrollberichte des tschechischen Energieversorgungsunternehmens CEZ zu dem im Bau befindlichen Atomkraftwerk Temelin in der tschechischen Republik veröffentlicht. Diese Berichte belegen eine ganze Reihe von Ungereimtheiten im Bereich der Auftragsvergaben, insbesondere aber im Sicherheitsbereich des Atomkraftwerks, das sich in unmittelbarer Nähe zur deutschen Grenze befindet.

Einerseits dokumentiert das CEZ-Kontrollteam Fakten im technisch-organisatorischen Bereich, die bislang nur von Atomgegnern in dieser Deutlichkeit angesprochen wurden, wie etwa unzureichende Lieferverträge und Qualitätskontrolle, Kostenexplosion, grob unterschätzte Probleme des Ost-West-Technikmix, außerordentliche Bauverzögerung, nicht funktionsfähige Schutzsysteme, unqualifiziertes Personal, Kompetenzchaos bei CEZ oder das Fehlen der ursprünglichen AKW-Konstruktionspläne.

Andererseits zeigen nunmehr die Kontrollabteilungen des tschechischen Energieversorgungsunternehmens CEZ selbst auf, daß die Auftragsvergabe an die Firma W. für den Einbau westlicher Brennstoff- und Steuerungstechnik zumindest sehr unkonventionellen Regeln gefolgt sei. Auf eigenartige Weise seien an W. Aufträge erteilt worden, nachdem einmal kurzfristig das ursprüngliche Angebot um 32 % auf knapp unter das Angebot des französischen Energieversorgungsunternehmens EdF gesenkt, einmal das Angebot binnen eines Monats um 11 Mio. US-Dollar soweit erhöht worden sei, daß es noch knapp besser war als jene der Unternehmen S. und F. Im Fall des Regelsystems sei dann sogar trotz definitiver Reihung hinter zwei anderen Anbietern ein Auftrag an W. erwachsen. Dies, obwohl laut CEZ die jeweiligen Lieferverträge unzureichend oder unkonkret seien.

Mittlerweile sind Zweifel aufgetaucht, inwieweit die Firma W. den Weiterbau des Reaktors tatsächlich betreibt. Der bayerische Landtagsabgeordnete Kobler fragt dies in einem in der Wochenzeitung „Passauer Woche" veröffentlichten Brief an den bayerischen Umweltminister Goppel. Es gebe Zweifel am Engagement von W., da die Probleme beim Ost-West-Technikmix zu groß seien.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vom 16. Oktober 1996 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Andererseits liegen nach wie vor Alternativen zur Fertigstellung des AKW Temelin auf dem Tisch. Die ersatzweise Errichtung eines modernen Gas-Dampf-Kraftwerks würde nach Berechnungen der österreichischen Energieverwertungsagentur lediglich 25 Mrd. Kronen beanspruchen. Nach tschechischen Regierungsstudien käme sogar die Nutzung des Effizienzsteigerungs-Potentials von bis zu 3500 MW (vgl. 2000 MW in Temelin) in Tschechien kostengünstiger.

1. Liegen der Bundesregierung die internen Kontrollberichte von CEZ zu Temelin vor?

   Wenn nein, in welcher Weise will sich die Bundesregierung bemühen, die Berichte zu bekommen?

Nein. Gesprächspartner der Bundesregierung ist die in Tschechien für die kerntechnische Sicherheit und den Strahlenschutz zuständige Behörde.

Sicherheitsaspekte werden in den zwischenbehördlichen Expertendiskussionen eingehend behandelt.

2. Wie reagiert die Bundesregierung auf die in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Ergebnisse der internen Kontrollberichte von CEZ zu Temelin und die darin festgestellten Ungereimtheiten?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

3. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auf die Einhaltung von Sicherheitsstandards beim Bau des AKW Temelin Einfluß zu nehmen?

Diese Frage wurde in der Vergangenheit schon wiederholt dahin gehend beantwortet, daß die tschechische Seite selbst bemüht ist, diesem Anspruch zu genügen und deshalb westliche Experten in die Sicherheitsbewertung einzubeziehen. Mit der Ratifizierung der Nuclear Safety Convention hat Tschechien das unterstrichen.

4. Wurde im Rahmen der Konsultationen gemäß des „Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit kerntechnischer Sicherheit und Strahlenschutz" und der „Bekanntmachung über die Fortgeltung der deutsch-tschechoslowakischen Verträge im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik" über die CEZ-Kontrollberichte gesprochen?

   Wann fand das letzte Treffen der vereinbarten Konsultationen statt?

   Liegen Protokolle dieser Konsultationen vor und können diese Protokolle eingesehen werden?

Wie dargelegt, waren „interne Kontrollberichte von CEZ" nicht Gegenstand der gemeinsamen Sicherheitsbetrachtungen.

Die Expertengespräche erfolgen kontinuierlich. Das letzte gemeinsame Treffen fand im April 1996 statt; ein nächstes Treffen ist für Ende Oktober 1996 vereinbart.

Die Arbeitsdokumente und Sitzungsvermerke sind vereinbarungsgemäß nicht öffentlich.

5. Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, daß die Firma W. ganz oder teilweise aus dem Fertigbau des AKW Temelin ausgestiegen sei?

   Wenn nein, wird die Bundesregierung diesen Mutmaßungen nachgehen?

Nein. Der Bundesregierung liegen auch keine diesbezüglichen Hinweise vor. In der nächsten Sitzung der Experten wird dieser Punkt angesprochen.

6. Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, mit welcher Technik und von wem das AKW Temelin im Falle eines Ausstiegs von W. zu Ende gebaut werden soll?

Nein. Die Frage stellt sich derzeit nicht.

7. Ist die Bundesregierung bereit, die Tschechische Republik bei der Errichtung eines Gas-Dampf-Kraftwerks in Temelin zu unterstützen, das die absehbaren Risiken eines AKW in Temelin verhindern könnte?

Der Bundesregierung sind derartige Überlegungen der tschechischen Regierung nicht bekannt.

8. In welcher Weise hat die Bundesregierung dazu beigetragen, das vorhandene Potential zur Steigerung der Effizienz des Energieverbrauchs in der Tschechischen Republik in Höhe von 3 500 MW zu nutzen?

Nach dem Zusammenbruch des ehemaligen Ostblocks hat sich die Bundesregierung dafür eingesetzt, daß im EU-Rahmen und in Zusammenarbeit mit den internationalen Finanzierungsinstitutionen für alle betroffenen Staaten energiestrategische Analysen durchgeführt und Aktionsprogramme entwickelt werden. Dieses ist ein wichtiger Bestandteil bei der westlichen Hilfe zur Verbesserung der Energieversorgung in jenen Staaten.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333